

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1,40 Mark, vierteljährlich 4,20 Mark, durch die Post 4,05 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am nächsten Zeitungserzähler unter 'Sonder-Zeitungsleistungen'. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Erlaubnis der 'Sonder-Zeitung' gestattet. Generell der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Zeitung

werden die gespaltene 30 mm breite Kolonnette oder deren Raum mit 30 Pf. u. 10^o, Kupfeln berechnet und in unferen Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angen. Reklamen die 75 mm breite Seite mit u. 10^o, Kupfeln. Anzeigenannahme schließl. vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abstellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Bestellungspreis: Halle, C. 10 Pf. 10^o, Sonntag 1 mal. Schriftl. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Or. Deutscher-Platz 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 u. Or. Weidstr. 52.

Kurland in Verbindung mit Deutschland.

Eine geschichtliche Stunde. — Italien hat 60 Milliarden Kriegsschulden. — Räumung von Aland.

Des Kaisers Antwort an die Kurländer.

Die Vertreter des kurländischen Landestats beim Reichskanzler. — Die Anerkennung eines freien und unabhängigen Kurlands.

WTB. Berlin, 15. März. (Drohnausicht. Amtlich.) Die Abordnung des kurländischen Landestats ist heute beim Reichskanzler erschienen um ihm den Beschluß des Landestats vom 8. März zu überreichen und eine Antwort Seiner Majestät des Kaisers darüber zu erhalten. Der Reichskanzler empfing die Abordnung im Gartenau des Reichstagsgebäudes und sprach in seiner Begrüßung die Hoffnung aus, daß der heutige geschichtliche Vorgang für Kurland und für das Deutsche Reich in gleichem Maße gute Früchte zeitigen möge. Als Sprecher der Abordnung verlas Baron H a b e n den Beschluß des Landestats, in welchem die nachfolgenden Wünsche, als die Billenerkennung des Landes, der Staatsregierung unterbreitet und für die allerhöchste Genehmigung erbeten wird:

1. Die höchste Gewähr für die Wohlfahrt, Ruhe und friedliche Fortentwicklung des Landes in einem monarchischen konstitutionellen Staatswesen unter dem Schutz Seiner Majestät des Kaisers und Königs von Preußen erhaltend, magt es der Landestat, die alleruntertänigste Bitte auszusprechen, Seine Kaiserliche und Königlich Majestät möge allergnädigst Geruh, für sich und seine Nachfolger die Herzogtöne Kurlands geneigt anzunehmen.
2. Es ersucht ferner weiteren Erhebungen und Wünschen, daß im Wege des Abschließes von Konventionen, Verträgen und des Willens, Zollvereines, Reich, Münz- und Gewerkswesen, sowie durch anderweitige Verträge eine möglichst enge Verbindung Kurlands mit dem Deutschen Reich in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung angestrebt und verfassungsmäßig gesichert werde.
3. Unsere schmerzlichen Sorgen sind darauf gerichtet, daß das durch keine viel andauernde Geschichte und durch so manche harte Schicksalstage zusammengebrochene Kurland nicht an der Schwelle einer glückseligen Zukunft ausnahmsweise stehen, vielmehr zu einer natürlichen Einheit in einheitlicher Verwaltung und Verfassungsform zusammengeführt, dem Deutschen Reich dauernd angegliedert werden möge.

Der Sprecher der Abordnung überreichte den Beschluß des Landestats dem Reichskanzler, der seine Antwort durch den Unterstaatssekretär v. n A b o w i t z verles. In der Antwort heißt es:

„Seine Majestät der Kaiser haben bereits durch seine Antwort auf das Aufstellungsprogramm des kurländischen Landestats seiner hochschätzlichen herzlichsten Freunde über den Beschluß vom 8. März Ausdruck gegeben und gerufen mich um mehr zu freuen, Ihnen würden Dank für das in dem Beschluß zum Ausdruck gebrachte Vertrauen zu übermitteln.“

„Mit besonderer Freude und Würdigung haben Seine Majestät von der an ihn gerichteten Bitte Kenntnis ge-

wonnen, die Herzogtöne Kurlands anzu-nehmen. Seine Majestät erwidern hiermit ein besonderes Zeichen unerschütterlichen Vertrauens in seine Person und dem hohen Schutzpatron, sowie zum Deutschen Reich und Preußen. Die Kaiserliche Entscheidung Seiner Majestät wird nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen getroffen und dem Landestat mitgeteilt werden.“

„Mit lebhafter Freude und Genugtuung haben Seine Majestät ferner ersehen, daß der Wunsch des Landestats auf eine enge Verbindung des Herzogtums Kurlands mit dem Deutschen Reich gerichtet ist.“

Nachdem der kurländische Landestat im September vorigen Jahres und durch den jetzigen Beschluß erneut den Willen zur Abberufung des selbständigen Herzogtums Kurlands ausgesprochen und nachdem insbesonderen die bisherigen politischen Verbindungen Kurlands gelöst worden sind, heißt der Ausführung dieses Wunsches nichts mehr im Wege.

Seine Majestät haben sich überhöchst bewußt, im Namen des Deutschen Reichs das wieder-errichtete Herzogtum Kurland als freies und unabhängiges Herzogtum anzu-erkennen.

Ihm den Schutz und Weistand des Deutschen Reichs bei der Einrichtung seines Staatswesens und beim Aufbau seiner Verfassung, die auch eine Landesregierung auf besserer Grundlage schaffen mag, zuzusichern und wegen Befähigung und Formierung der vom Landestat beschlossenen enger Verbindung mit dem Deutschen Reich das Weiter-zu veranlassen. Eine formelle Erklärung über die Anerkennung Kurlands wird dem Landestat noch gegeben. Seine Majestät haben sich höchlichst bewußt, daß der Landestat darauf hinzuwirken, daß die Kaiserliche Entscheidung Seiner Majestät und des Deutschen Reichs an dem Schicksal der kurländischen Geschichte bereits in dem kürzlich abgeschlossenen deutsch-russischen Friedensvertrage zum Ausdruck gekommen ist, und dem Landestat zu versichern, daß die Gestaltung der Verhältnisse in diesen Gebieten auch weiterhin von der großen Anteilnahme Seiner Majestät des Kaisers und Königs getragen sein wird.“

Der Reichskanzler zog hierzu die Mitglieder der Abordnung in ein Gespräch, im Verlauf dessen er seine Freude über die

Einmütigkeit des Deutschen und lettischen Elements

aussprach, die in dem eben verlesenen Dokumenten einen so löblichen Willensausdruck gefunden habe.

Mit Worten des Dankes verabschiedeten sich sodann die Herren der Abordnung.

Betruder und moderner Seeräuber.

Das zweite Gesicht Lloyd Georges.

Der englische Ministerpräsident Lloyd George hat in den letzten Tagen auf der Jahresversammlung des Nationalrats der englischen Freireichler im City-Tempel eine Rede gehalten, die mit plastischer Deutlichkeit das eine Gesicht Lloyd Georges zeigt, während er das andere bei dem geplanten Raube der holländischen Schiffe zum Vorschein bringt. Im Kreise der Freireichler gab er sich ganz als Betruder, bezeichnete sich selbst als „Bruder“ und sprach zu den Hörern als von seinen Brüdern. Was er hier mit frommem Augenaufschlag sagte, hörten mit oft aus dem Munde britischer Staatsmänner, noch öfter aber aus dem Munde des Washingtoner Betrübers Woodrow Wilson. Wer die Geschichte der letzten Jahre etwa durchsahen hat, konnte von dem frömmelnden Lloyd George sagen: „Dies Kind, sein Engel ist so rein, legt's rüber sich empfohlen sein.“ Lloyd George sprach von sinnlosen Entschuldigungen, die Gewehre und Kanonen, von einer deutschen Veranschuldung, davon, daß der Krieg in Zukunft als Verbrechen behandelt werden soll, und schließlich auch von dem Verdingungsprojekte Wiltons, von dem großen Völkerverbund. Wenn englische oder amerikanische Staatsmänner diesen Völkerverbund im Munde führen, dann meinen sie damit stets eine britische oder amerikanische Völkerverbund in der Welt. Einen Völkerverbund erstehen sie. Gewiß! Aber sie meinen eine gewaltige Völkerverbund, in der das britische Kabinett über die Washingtoner Regierung den Vorhitz in diktorischer Weise führt. Die Redner in London und Washington meinen einen Völkerverbund, dessen Mitglieder nichts anderes sind als Hörige des präbiterischen Staates. Die anglo-amerikanischen Völkerverbinder glauben, daß sie schon heute zu einem solchen Völkerverbund reif sind. Von Völkerverbinder-leitern zwischen London und Washington abgesehen, glauben sie einen Völkerverbund dadurch zu erreichen, daß sie neutrale Staaten unter ihr Joch zwingen. Die paar Dutzend gequälter Nationen, die unter englischer oder amerikanischer Führung im Kriege gegen die Zentralmächte stehen, sind so lange würdige Mitglieder dieses Völkerverbundes, wie sie vorheram die Rechte ausüben, die von den Diktatoren erteilt werden. Sehr großer die Unschicklichkeit dieser Hörigen ist, desto würdiger Mitglieder des Völkerverbundes Lloyd Georges stellen sie in den Augen der Entente dar.

Wie dieser Bund erweitert werden soll, zeigt uns das Auftreten der Entente gegenüber Norwegen, Schweden, Griechenland und jetzt auch gegenüber Holland. Bei dem Auftreten gegen diese neutralen Staaten zeigt Lloyd George ein zweites Gesicht, das nichts von dem ersten weiß. Das eine kennt nur den frommen Augenaufschlag und würde Heuchel, das andere nur die Anwendung der brutalsten Gewalt. Für das Unfängerstück von 100 000 Tonnen Weizen, deren Ablieferung nach nicht einmal unbedingte Taktische zu werden braucht, sollen die Niederlande ihre Neutralität und damit ihre Selbständigkeit verkaufen. Umsonst ist von den Zentralmächten aus immer wieder gesagt worden, worauf die englischen Machtelüste hinauslaufen. Die neutralen Mächte waren gegenüber diesen Auslassungen taub. Sie kümmerten sich um diese Auslassungen nicht und verließen sich ganz auf die frömmelnde Maske Lloyd Georges. Diesen Irrtum haben sie nacheinander büßen müssen. Jetzt kommt Holland an die Reihe, um sich die Erkenntnis zu verschaffen, zu der das unterdrückte griechische Volk vorher gekommen ist. Es macht den Anschein, als ob dem niederländischen Volk die volle Größe der britischen Forderung nach gar nicht einmal bekannt ist. Man gibt sich offenbar Mühe, diese Forderung als harmlos erscheinen zu lassen, als wie sie in Wirklichkeit ist. Damit glaubt die holländische Regierung einmal das eigene Volk beruhigen und zum anderen auf Deutschland einwirken zu können. Währenddessen geht die Entente unbetört ihren Weg weiter. Schon jetzt wird gemeldet, daß die einzelne holländische Schiffe aus dem eigenen Hafen, so z. B. aus Singapore, nicht mehr fort auslaufen lassen, damit man ihrer um so sicherer ist, wenn die holländische Regierung sich weigert, sich unter das taubäugliche Joch zu beugen. Nach einer Meldung des Antsterdamer „Telegraaf“ soll die Entscheidung der holländischen Regierung noch in dieser Woche fallen. Für uns ist die Situation noch wie vor gegeben. Die Auslieferung des niederländischen Schiffes an die Entente ist genau dasselbe, als wenn eine Bombardierung den Fremden einen gewaltigen Ruhrp:

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 15. März, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 15. März. (Amtlich) wird verlautbart: Nichts Neues. Der Chef des Generalstabes.

Die italienische Schuldenlast.

60 Milliarden Schulden.

Berlin, 15. März. (Eigene Drohnausicht.) Aus Welfensona wird gemeldet: Die italienische Schuldenlast ist nunmehr auf über 60 Milliarden angewachsen. Nach dem Reine wird Italien infolge finanzieller Überbürdung vor unerbittlichen Kämpfen stehen.

Die Räumung Alands beendet.

Die Schweden kehren heim.

WTB. Stockholm, 15. März. (Drohnausicht.) Amtlich. Von russischen Truppen auf Aland, welche nicht vorher mit eigenen Transportmitteln die Inselgruppe verlassen, sind etwa 30 Mann, hauptsächlich Polen, Ungarn, Letten und Estländer auf schwedischen Schiffen nach Schweden übergeführt

worden, um später nach ihren Heimatländern weiter befördert zu werden. Ein großes Kontingent von Gefangenen ist einer Meldung zufolge nach Schweden übergeführt worden. Nach Berichten sind jetzt auf den Inseln nur einzelne unbewaffnete russische Angehörige zurückgeblieben, die unter holländischer Vermittlung fortgebracht wurden. Die Räumung von Aland ist somit durchgeführt worden. Das schwedische Departement, welches dieser gesandt wurde, um die Evakuierung zu überwachen und in diesem Zusammenhang die Evakuierung zu beschließen, hat nunmehr seinen Auftrag vollzogen. Deshalb hat die Heimführung des Departements begonnen, mit dem heute eine Kompagnie auf dem Panzerschiff „Svevige“ nach Hause transportiert worden ist. Der holländische Militärkommandant, welcher im Hinblick auf die Uebereinkunft zwischen den Vertretern der Aaland-Besetzung und den russischen Soldaten eingetret war, um mit dem schwedischen Kommandant in Verbindung und dem russischen Kommandant die Räumung des russischen Staatsgebietes auf den Inseln zu überwachen, befindet sich inzwischen, daß er behufs Zusammenbringung von Vorräten, ihrer erfolgreichen Ueberwachung und der anderen damit zusammenhängenden Zwecke einer schwedischen Mannschaft befehligt. Eine dafür bestimmte Truppe wird vorläufig ihm zur Verfügung gestellt. Da das schwedische Departement ausschließlich zu menschenfreundlichen Zwecken nach Aland übergeführt wurde, ist es selbstverständlich, daß seine jetzt begonnene Heimkehrung nach vollzogenem Auftrag in keiner Weise die Stellung Schwedens zu politischen Fragen, welche mit Aland zusammenhängen, präjudiziert.

(Quelle: Deutsche Presse vom 15. März 1918.)



Kleine Anfragen im Reichstage.

Erledigung einer Reihe kleiner Anfragen und Vorlagen. — Die Veranlassung von Lichtspielen.

zur Verfügung stellen würde, durch den die Operationen auf dem Lande um so schneller bemerksichtigt werden können. Dieses stellt eine unzulässige Unterbrechung der einen Kriegsführenden Partei dar. Will Holland in dieser Weise seine Neutralität brechen, dann wird es bestraft sein müssen, den Mittelmächten volle Kompensation zu geben. Ob es hierzu noch in der Lage ist, nachdem es bereits viele nützliche Dinge wie Butter, Käse, Eier, Vieh, Fische usw. an England liefert, ist eine andere Frage, auf die mit in diesem Zusammenhange nicht eingehen wollen.

Die holländische Regierung ist in ihrer Vordrängigkeit gewiss zu bedauern. Sie kann mit allen anderen neutralen Mächten erkennen, daß wir bei unserem Ringen gegen Großbritannien und die übrigen Entente-Mächte nicht nur für uns kämpfen, daß wir genau so gut für die Neutralen das Ringen durchführen. Deutsches Blut zu Wunde und zur See fließt nicht nur um eines deutlichen Rechts willen, sondern um die Festigung des Rechts der ganzen zivilisierten Menschheit.

Berlin, 15. März.
Am Bundesratsstische von Krause. Vizepräsident Dr. Baalje eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr. Eingegangen ist der Notetakt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.
Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.) befragt sich über einen Fall des

Widrauchs des Hilfsdienstgesetzes zur politischen Strafverfolgung.
Oberk. v. Braun: In dem gegebenen Falle handelt es sich nicht um einen Hilfsdienstpflichtigen.
Abg. Stahl (Soz.) befragt sich darüber, daß in Spanbau Schulräume für Wohnungszwecke für Munitionsarbeiterinnen benutzt werden.
Generalkommandant v. Couppette: Es handelt sich um eine Notmaßnahme. Die Beschlagnahme der Schulräume für Wohnungszwecke erfolgte erst, als die Verhandlungen erfolglos verliefen. Die Beschlagnahme von mindestens 4 Quart war lediglich eine Milderung der tatsächlichen Auslagen.
Abg. Fischer-Berlin (Soz.) fordert Maßnahmen zum Schutze der Berliner Bevölkerung gegen das

Schießen auf militärische Feststellungen auf den Straßen.
General v. Weisberg: Das Kriegsministerium hat angeordnet, die betreffenden Bestimmungen nachzuprüfen und sie gegebenenfalls zu ändern.

Abg. Schellmann (Soz.) fordert dringend Vorgehen gegen die Gefährdung der Maschinenfabrik Wiesbaden wegen

Verstöße gegen die Kriegswaffenverordnung.
Ministerialdirektor Schulz: Es wird auch in diesem Falle daran festgehalten, daß der Begriff des übermäßigen Gewinns bestehen bleibt und daß dieser verfolgt wird.
Abg. Vogelsberg (U. S.) befragt sich über die Jenusmaßnahmen gegen die „Berliner Arbeiterstimme“ in Solingen.

Abg. v. Berg: Die Militärregierung hat mit diesem Falle nichts zu tun.
Abg. Kauer (U. S.) fordert scharfe Behandlung aller Zeitungen hinsichtlich des Bezugs durch Feldpostkommanden.

General v. Weisberg: Das Reichsamt ist in Halle hat trotz aller Warnings

wiederholt anstrengende Mittel eingesetzt, daher das Verbot.
Abg. Kauer (U. S.) fragt ferner nach einer Verfügung des Kommandierenden Generals in Magdeburg betreffs Briefsperr.

General v. Weisberg: Durch Spionageverbrechen wird die öffentliche Sicherheit verdringend gefährdet. Diese Anordnungen sind zu treffen.
Abg. Dr. Müller-Meinungen (Z. Vpt.) fordert Maßnahmen zur Sicherheit der heimlich von Kriegsgesangenen aus Sibirien.

Generalmajor Friedrich: Die Verkehrsmittel sind mangelhaft. Der Postverkehr ist durch die inneren Zustände Rußlands eingekürzt. Eine Zentralpost-Stelle in Petersburg soll eingerichtet werden. Die Rückkehr der Kriegsgesangenen aus Sibirien wird emsig vorbereitet. Ein Teil von ihnen ist schon auf eigene Faust heimgekehrt.

Abg. Bauer (Soz.) befragt sich über die Ausführung der Gas- und Elektrizitäts-Versorgung, insbesondere über die **Erhebung von Strafgeldern bei Verdrehung.**

Ministerialdirektor Müller: Angehörige des verminderten Preiswertes des Gases soll eine energische Anwendung der Bestimmung vermeiden werden.

Abg. Bier (Soz.) wünscht Erhöhung der Gefangenen-Unterkünfte, beim Ausgange an die Angehörigen.
Generalmajor von Alwert: Die Ermäßigung für die Unterkünfte nicht für die Familienangehörigen bestimmt. In-Unterkünften finden die alten Fälle Anwendung, sie können aber nicht erhöht werden.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die **Kriegsangelegenheiten des Reichsbeamten.**

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Zimmermann (Nat.) und Kretsch (D. Fr.) wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Lesung eines Nachtrags-Gesetzes zum Zwecke der Bewilligung von 8 1/2 Millionen Mark zum Grundrwerb zu einem Dienstgebäude für die Zwecke der von der preussischen Hauptverwaltung der Staatsfinanzen geführten Reichsschulden-Verwaltung, sowie für Vorarbeiten zu diesem Plan.

Abg. Bretcher von Gamp (D. Fr.): Angehörige der Reichsfinanzen ist diese Bewilligung zu hoch. Die Verhältnisse sind nicht alle im vollen Maße erfüllt. Sie haben in den Reichsfinanzen manchem ökonomischen Nutzen. Unterstaatssekretär Dr. Jahn: Die gegenwärtigen Zustände sind unzulässig, ein Neubau ist notwendig. Es ist nicht möglich, diese Behörde aus Berlin zu verlegen wegen des Zusammenhanges dieser Reichsfinanzen mit anderen Behörden.

Abg. Zimmermann (Nat.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Gedanke, die Trennung der preussischen Staatsfinanzen-Verwaltung von der Reichsschulden-Verwaltung durchzuführen, muß im Ausschuss weiter verfolgt werden.

Die Vorlage wird an den **Hauptauschuss** verwiesen.
Der Oberpräsident über den Kriegswaffenbesitz zu den Gerichts- und in den Gebieten der Reichsamt und die Gerichtsamtlicher geht ohne Ausdrücke an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern.

Es folgt die erste Lesung eines Entwurfs über die **Veranlassung von Lichtspielen.**

Abg. Knudsch (Ztr.): Im Kinowesen hat sich manches gebessert, aber alle Schäden sind noch nicht beseitigt. Die gegenwärtigen Zustände dürften nicht in die Preisbesetzung hinaus bestehen bleiben. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern. Die Konzeptionspflicht ist nötig.

Abg. Schulz-Fruhl (Soz.): Es handelt sich hier um ein Verlegenheitsgesetz. Die erforderliche gesetzliche Regelung ist gegenwärtig nicht möglich.

Abg. Dr. Kerschbaumer (Z. Vpt.): Das Kinowesen hat sich zu einer Gefahr für die Volkswirtschaft entwickelt. Wir wollen das Kino zu einem guten Unterrichtsmitel machen.

Abg. Wetmann (Nat.): Der Wert des Kinos läßt sich ebenso wenig betreiben, wie das Vorhandensein von Lichtspielen. In den Grundgesetzen sind wir mit dem Entwurf einverstanden.

Abg. Graf Garmes (Soz.): Das Kino ist das Theatral des kleinen Mannes. Es darf daher nur wirklich wertvolles vorgeführt werden.

Abg. v. Mumm (D. Fr.): Die spätere unerlebte Kinovorgabe von 1914 war besser. Die unzulässigen Kinos haben vielfach schädlich gewirkt.

Abg. Cohn-Nordhausen (U. S.): Wir machen unsere Zustimmung von Verbesserungen im Ausschuss abhängig. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern. Montag 2 Uhr Anträge betreffend Seereslieferungen Deutsch-russischer Friedensvertrag.

Die letzte Warnung.

Weitere holländische Presse-Außerungen.

Amsterd., 15. März. Nach Berichten aus London meldet der Washingtoner Korrespondent der „Associated Press“, daß England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika eine letzte Warnung an die holländische Regierung hinsichtlich der künftigen Lebensunterkunft mit den Alliierten gerichtet haben und daß, wenn o r d e m 15. März 3 hierauf keine einwilligende Antwort eingelaufen ist, die holländischen Schiffe von den Alliierten in Gebrauch genommen werden sollen.

Ein Amsterdamer Blatt berichtet, daß die Entscheidung der holländischen Regierung bezüglich der Anträge der Alliierten, die niederländischen Schiffe aus für die Fahrt in der Westsee zu erlauben, nicht in diese Woche entgegengekommen werden. Dem Einverständnis in parlamentarischen Kreisen sei es zu entnehmen, daß man sich vollkommen der großen Tragweite des zu treffenden Beschlusses, die für die zukünftige holländische wirtschaftliche Stellung von den westlichen Mächten, die bewirkt hat, hofft, daß über den letzten Punkt der essentialen Vereinbarung der wiederländischen Schiffe nach ein Mordus nicht gefunden werden kann. Die beiderseitigen Erwartungen auf eine befriedigende Lösung gehen jedoch ein ziemlich pessimistisches Bild.

In seinem heutigen Blattartikel „Lond George und Hollands Lage“ erinnert das „Nieuwe van den Dagh“ Lond George daran, daß, wenn in Holland Lebensmittelmangel herrsche, die Aussicht auf Hungertod besteht, Holland die größtenteils Lond George und seinen Freunden zu verdanken habe. Ein Druck auf die niederländische Schifffahrt, die niederländischen Schiffe nicht nur an eine der kriegführenden Mächte zu verleiern, sondern sie auch in der Sperrzone zu verwenden, müßte für die holländische Regierung durchaus annehmbar sein. Was beweist man eigentlich in den Ländern der Alliierten mit solchen Maßnahmen gegen die neutrale Schifffahrt? So ungefahr jeden Monat verläßt man mehr oder weniger offiziell, daß die U-Boot-Gefahr bald beschränkt sein werde, wenn auf den Verkehr nur läßt sich gearbeitet werde. Nun, was bedeutet denn der Meine, eine halbe Million bezugsamer niederländische Schiffraum gegenüber den 10 Millionen an Tonnenmaß, welches bald abgefahrt sein müßte? Sollen die „Zinn- und Eisen“ in Kopenhagen denn recht, wenn sie über die, daß man beschließen, die Neutralen die Kassen aus dem Feuer holen zu lassen? Warum liegen denn die französischen Schiffe noch in ihren Häfen und auch die italienischen? Wollte man sie bis nach dem Kriege sperren? Dem Worte ist auch das Gerücht zu Ohren gekommen, daß italienischerseits insbesondere gewisse Forderungen betreffs der neutralen Schifffahrt für Abhängigkeitserklärung gestellt werden seien, Forderungen, welche selbst den Charakter von Robbingen trügen. Was ist davon wahr? Wenn etwas davon wahr sei, dann würden Taten, woraus das hervorgehen müßte, auf

die Neutralen denn doch noch mehr Eindruck machen als selbst die bewundernswürdigste Ausübung des Dromas von unbedingter Unparteilichkeit und höchsten Abstraktismus in Leben. Das Blatt warnt, daß man nicht zu viel auf die

einseitige Sympathie des niederländischen Volkes rechnen solle. Eine solche Berechnung könnte fahrlässig. Symptome in der Internationalen hielt nur selten gegen einen hungersigen Magen stand.

Unter der Tropenzone.

Roman von Erika Gräpe-Vöhrer.

35. Fortsetzung.

Handdruck verboten.

Da begann Herbert, auf ihre Fragen zu antworten, zu berichten, zu erzählen, was er alles in diesen Tagen gearbeitet, übersehen, entworfen hatte. Sie empfand, daß er anstrengenden Tagen entgegengefiel, daß schwere Wunden hinter ihm lagen. Aber er hatte sich nicht niederlegen lassen und er sah allem Sturm seit ins Auge in unerschütterlicher, stielbeständiger, schlagender sein. Das war ein anderes Arbeiten, als die hektische Arbeit des Meeres! Der Wind lag immer höher und sein köstlicher Silberner Schein lag heller und verklärter über der Veranda, als das gebärmelte Regenlicht aus den gemalten Himmelsfenstern. Es entstand eine Pause, denn Herbert hatte zu sprechen aufgehört, weil er viel erzählt hatte und schüchtern, Silvia blühte er müde sein. Sie sah sich in den Garten hinaus. Silvia war noch in den nachmittäglichen Stunden der Vegetation blühen denn sie empfand, die ersten heißen Blüten der heißen Stunden blühen und reifen sich in den mannigfaltigen, klarsten Formen nieder. Die Reimschönen mit ihrem unheimlich, gepulsten Platzwert waren zu wahren Bäumen emporgeschossen. Von den Kronen der hohen, schlanken, lahlen Baumköpfe gingen oben aus gepulsten Früchten weiße Baumköpfe gleich feinen, überzogenen Strahlen herab. In eine Laube blühte ein Meer von weissen und violetten Palmenblüten und der Wangen Wangen blühten herankommend durch die Nacht. Silvia dachte an jenen Abend, als sie zum ersten mal hier lag, als sie in dem Zimmer John Meers Stimme im Gespräch mit Ignazio hörte und eine Zeit von ihrem Erfinden, Zweifel, Dämpfung sie überwogte. Damals, wie sie hier abwesend gegen Herbert, kompromittiert, selbstgerecht hier lag, ahnte sie nicht, daß sie einst große Unterstützung an John Meers denken würde, daß sie einst krank und müde neben Herbert mit dem Gesichte läge, sie bezug und habe ihm viele abzufragen.

Da hand Herbert auf. „Du bist müde, Silvia, und wirst dich legen wollen. Ich will dir jetzt gute Nacht sagen und dann noch mit John Meers arbeiten. Ich, nun ich weiß, ich habe dich recht, daß du wieder gesund bist, wenn ich zurückkomme, denn wird auch wohl unter Haus wiederhergestellt sein.“

Als er ihr die Hand bot, hielt sie diese plötzlich fest und richtete sich auf.

„Und wenn du wieder kommst, und wenn ich wieder gesund bin — dann werden wir uns trennen, Herbert?“

„Dann werden wir uns trennen?“ wiederholte er beinahe schlaflos.

Sie hielt seine Hand fest, aber sie hielt seinem Widersstand, als sie nun antwortete: „Weißt du nicht mehr, was du mir sagtest, als du mich zur Rede stelltest — daß das Leben unentzählich für dich sei, weil du dein Vertrauen zu mir verloren hastell.“

„Und dein Vertrauen hätte ich zu dir verloren, weil du über den Frieden und mich häufig unzufrieden werden war.“

„Du sagst, du liebst mich frei und du bereuist, daß du mich damals am Hochzeitsabend gezwungen hastell, zu bleiben.“

„Dann kam die Katastrophe, und in deinem großen Willigkeitsgefühl hast du mich in der letzten Wochen Welle gezwungen und mich hier pflanz lassen.“

„Aber jetzt, wo ich wieder bald gesund sein werde — da ist es mein letzter Wille, bald mit dir zu gehen — und bewegen habe ich mich gezwungen, so bald wie möglich wieder auf eigenen Füßen zu stehen.“

„Aber warum hast du das, Silvia?“

„Du meinst“, erwiderte sie mit leiser Bitterkeit, „man hat mich sorgsam gepflegt, aber das war doppelt bitter, für mich in dem Bewußtsein, nur noch eine Gekuldete hier zu sein, die man aus Menschlichkeit gut behandelt.“

„Aber wenn du wieder zurückkehrst, dann sollst du mich nicht mehr hier vorfinden und meine Gegenwart soll dich nicht mehr quälen“, sie sprach immer schneller und immer häufiger, wie um ihrem Wanne jede Einrede unmöglich zu machen, „das alles habe ich dir sagen wollen, es du verstehst, daß du nicht denkst, ich hätte mich wie ein Dieb in der Nacht fortgeschoben, wenn du mich nicht mehr nachhät.“

„Silvia, ich lasse dich nicht gehen!“ unterbrach er sie häufig, er suchte nach den rechten Worten, weil so mancherlei Empfindungen auf ihn einwirkten.

„Ich kann den Gedanken nicht ertragen, hier eine Gekuldete zu sein!“ Sie lehnte sich zurück und drückte den Kopf unruhig an die Lehne des Stuhls; sie preßte die Hände ineinander und schloß die Augen, wie um seinem Blick auszuweichen.

Ein kurzes Schweigen folgte.

Herbert betrachtete sie stumm und sann, wie er nun alles wenden sollte. Sie war ja noch krank; er sah, wie die Bewegung ihren geschwunden Körper durchließ! Und Erregungen sollten ihr fern gehalten werden. Da begann sie von neuem: „Wenn ich auch keine bewußtlose war und wenn ich auch noch jenem Falle in diesem traumhaften Hindernis nichts von mir weiß — die Erinnerung an deine jüngerer Ansprache unmittelbar vor dem Erdbenen steht in allen Einzelheiten vor mir. Ich weiß auch, daß ich es damals nicht über die Lippen brachte, dir zu sagen, warum ich nicht dich gefand, daß ich John Meers schon kannte, als du ihn einführtest.“

Herbert beugte sich hinab, denn er sah, daß Silvia sich aufrichtete, sie sah sich zu ihm herüberneigen. Das, was sie nun sagen wollte, war noch so schwer, daß sie nur leise und nur um es sagen wollte.

„Heute will ich es dir sagen, ehe wir uns trennen, ehe wir uns verabschieden; denn ich will nicht, daß du nach jener häßlichen Einwirkung mit Unwissenheit an mich denken sollst; ich hielt es nicht mehr nötig, dir zu sagen, daß du selbst den Mann eingeführt hastell, den ich liebte, denn dein Bild mußte für mich erlöschen und ich hatte mich mit ganzer Überzeugung schon von ihm abgewandt.“

„In jenem Abende bild mir Augen und Herz über keine Niedertrachtigkeit ausgegangen.“

„Ich habe eingesehen, daß ich meine Liebe einem Unwürdigen geschenkt hatte, daß für ihn meine Neigung nur ein Spiel war.“

„Glaube mir, ich habe in dieser Erkenntnis so schwer und bitter gelitten, daß ich mich schämte, von seiner Unwürdigkeit zu sprechen, als du mich damals plötzlich und unvorhergesehen zur Rede stelltest.“

„Ich schämte mich, weil eine Meinung von deiner Seite in unserem Zusammenleben in mich aufgehen war, weil ich dir, befangen in meiner Torheit, häufig begegnet war. Und deswegen griff ich zu — als du mit dem Weg jüngerer frei geben wolltest.“

„Deswegen?“ fragte Herbert leise zurück, „deswegen, Silvia, und nicht, um für jenen anderen wieder frei zu werden?“

„Ergriff ihre Hand, „Und dein Herz gehört nicht mehr ihm?“

(Fortsetzung folgt.)

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 15. März.

Das Abgeordnetenhaus hat heute einen konstituierenden Antrag auf Einführung eines Notparagrafen zu dem Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1918 der Staatsbankaus Kommission überwiegen.

Sodann wurde die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums mit der

Befreiung der Teuerungszulagen

fortgesetzt. Nach einer Entschließung der Kommission soll das Haus sich mit der von der Regierung in Aussicht gestellten Befreiung einverstanden erklären und entsprechend einen Antrag Braun (Soz.) die Regierung um angemessene Erhöhung der Lohnsätze der nicht im Beamtenverhältnis stehenden Angestellten der Eisenbahnverwaltung ersuchen.

Finanzminister Dr. Siegel: Mit Rücksicht auf die verschiedenen Teuerungsverhältnisse in den Großstädten und Industriebezirken und den übrigen Landesteilen glaubt die Regierung an die Einführung der Teuerungszulagen festhalten zu müssen. Im ganzen wird die Regelung auch durch die Beamtenverbände gestützt. Wir hoffen, daß auch die Kommunen sich möglichst dem Vorgehen des Staates anschließen werden. Die Regierung hat gegen den Zusammenschluß der Beamten nicht einzuwenden und betrachtet die Beamtenvereine als verhandlungsfähig womit freilich nicht gesagt ist, daß sie den Anträgen und Wünschen der Beamten von vornherein zustimmt.

Ministerialdirektor Hoff: Für die Arbeiter der Eisenbahnverwaltung ist vom 1. April ab eine Lohnserhöhung von 12 Prozent pro Monat vorgesehen. (Bravo!)

Abg. Dehse (Konsl.): Die Teuerungszulagen müssen der wesentlichen Teuerung hinreichend angepaßt werden. Mit dem Prinzip der Teuerungszulagen können wir uns nicht einverstanden erklären.

Abg. Seb (Ztr.): Wir begreifen es als eine wichtige Forderung, daß der Minister bei der Vorbereitung und Regelung der Teuerungszulagen sich mit den Beamtenverbänden in Verbindung gesetzt hat. Die Pensionäre müssen ebenfalls angemessene Teuerungszulagen erhalten. Die Gewerkschaften dürfen bei Bemessung der Teuerungszulagen nicht vernachlässigt werden als die Staatsbeamten. Wir wünschen, daß die Beschlüsse dieser Teuerungszulagen erhalten wie die Beamten.

Abg. Seibert (L. S.): Wir sind erfreut über die Erhöhung der Löhne der Eisenbahnarbeiter, aber wir fordern eine erhebliche Lohnserhöhung für alle Staatsarbeiter.

Abg. Dellus (Vorfrh. Volksp.): Die Wirtschaft unserer Regierung an den Erwerbungs- und Preisverhältnissen ist ungenügend und hat erst die Kriegszulagen nötig gemacht. Der Staat muß als vorbildlicher Arbeitgeber sich zuerst und zur rechten Zeit seiner sozialen Pflicht erinnern. Die früheren Zulagen wurden ohne Anhörung der Beamten von der Verwaltung selbst festgesetzt. Das ist jetzt anders gemacht und in Zukunft dabei bleiben soll. Ich bin bemerkenswerter Schritt des neuen Finanzministers. Wir wünschen, daß auch weiterhin so vorgegangen wird. (Beifall links.) Ich muß hervorheben, daß der neue Finanzminister sehr viel Verständnis und festes Empfinden hat, und ich meine, daß der Minister noch weiter gegangen wäre, wenn nicht das Reichsgericht gebremst haben würde. (Hört, Hört!) Das muß ich feststellen gegenüber den Neuerungen im Hauptausfluß des Reichstages. Leider hat man den sozialen Gedanken hin im Augenblick aufgegeben, die Zulagen gleich oder für die höheren Besoldeten geringer als für die unteren Beamten zu machen. Dem jetzigen System wäre der frühere Zustand vorzuziehen. Von den beschleunigten Änderungen bei der Kriegszulage hat der Ausschuß die Regierung abgelehnt. Dadurch wurde die Unübersichtlichkeit noch erhöht worden. Wenn wir auch die Gleichheit der Zulagen nicht durchgesetzt haben, so freuen wir uns doch, daß der Abstand zwischen höheren und niedrigen Beamten verringert worden ist.

Die Einteilung nach Teuerungsbezirken bedauern wir.

Die gleichmäßige Behandlung aller Orte war bisher und mit Recht Grundgesetz. Die Ermittlung von teureren und weniger teuren Orten ist sehr schwierig. Die Wohnungsbeschaffenheit, die als Maßstab angesehen werden. Beruhen auf den Mieten und haben mit der Teuerung nichts zu tun. Man müge recht viele Orte zu den teuren zählen und so dafür sorgen, daß die Bestimmungen der Beamten nicht allzu groß wird. Die Regierung für die Pensionäre ist zwar ein Fortschritt, aber sie kann uns nicht befriedigen. Man sollte den Pensionären mindestens 75 Prozent statt 50 Prozent der Teuerungszulage gewähren.

Am schlimmsten ist die Lage der Altpensionäre.

Als wir vor einem halben Jahre beantragten, Staatsrenten für die Gemeinden zur Gewährung von Zulagen zu bewilligen, lehnte das Zentrum unseren Antrag ab. Jetzt bringt Dr. Siegel diesen Antrag als seinen Antrag wieder ein. (Hört, hört!) Ich bin sehr froh, daß der Antrag wieder ein. (Hört, hört!) Die heutige Zulage der Eisenbahnverwaltung müßte auch bei den anderen Staatsverwaltungen vermindert werden, besonders bei der Justiz. Wir wünschen nicht, daß die Grundzüge dieser Kriegsmassnahmen für die künftige Befreiungsordnung übernommen werden. Die Beamtenstelle erkennt die Neuregelung dankbar an, wenn sie auch länger kein Ausgleich gegen die Teuerung ist. Von der langen Dauer des Krieges hat kaum ein Staat im Laufe seiner Geschichte so viel soziales Verständnis und so viel fortschrittlichen Geist gezeigt, wie er es jetzt zu unserer Freude getan hat. (Beifall links.)

Die Abg. Dr. Gottschalk (Nat.) und Dr. Wagner (Zentr.) sprechen sich im wesentlichen gegen die Einführung von Teuerungszulagen aus.

Schließlich werden die Anträge der Kommission angenommen.

Morgens 12 Uhr Weiterberatung des Etats des Finanzministeriums und des Etats der direkten und indirekten Steuern

Der Reichskanzler und die rumänische Judenfrage.

Eine befriedigende Lösung.

WTB. Berlin, 15. März. Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Vorstandmitglieder der neuerrichteten Reichsunion jüdischer Praxen in den Reichstagen. Dr. Talmes Simon und Geheimrat Justizrat Dr. Cassel, welche ihm die Wünsche der deutschen Juden wegen einer Regelung des

Der Fall Daimler im Hauptausfluß.

Erzberger nennt die Rundgebungen der Daimler-Gesellschaft „bewusste Unwahrheiten“. Das Verlangen nach Preisserhöhungen. — Der Fall Behr-Pinnow.

Der Hauptausfluß des Reichstages setzte am Freitag die Aussprache über den „Fall Daimler“ fort. Der Zentrumsaltsabgeordnete Dr. Witzler gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Unterredung sowohl den Fall Daimler wie die anderen Fälle reiflos auflären möge. Man dürfe nicht verkennen, daß die Preisgewinne der Industrie zum Teil durch die Festsetzung geradezu gequält worden sind, so durch die Maßnahmen, die mit der Beschlagnahme zusammenhängen. Auch das Nebeneinanderarbeiten so vieler Kriegsausfluße müßte verwehrend wirken.

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Reichstag sollte noch vor Ostern gegen die geräuschvolle Agitation draußen Stellung nehmen. Die Rundgebungen der Daimler-Gesellschaft enthalten bewusste Unwahrheiten. Warum wehrt sich das Kriegsministerium nicht gegen Behauptungen, die die Richtigkeit seiner eigenen Erklärungen bestreiten? Die Erklärung der Daimler-Werte

versteht die Sachlage.

Eine unverschämte Lüge ist es, zu behaupten, sie hätten nicht eine 10prozentige, sondern nur eine 10prozentige Preisserhöhung gefordert. Oder ist etwa nicht wahr, was das Kriegsministerium mitgeteilt hat? Die Daimler-Werte rechnen mit der Erkenntnis des Publikums. Der Reichstag sollte sich

bedarftige Maßnahmen nicht gefallen lassen

und das Kriegsministerium erst recht nicht; das ist es, was uns schuldig. Ob das Verlangen auf die Anleihe eines entlassenen Beamten zurückzuführen ist, ist ganz gleichgültig; dem Reichstage müssen zur Bildung eines Urteils die Mitteilungen der amtlichen Stellen genügen. Daimler ist von jedem gebildeten Menschen überhand verurteilt, wenn er den Schein einer Hand als ob der Reichstag ungedachte Korridore gegen die Industrie“ erhaben habe. Das ist von keiner Seite gesehen. Nach diesem Verbalen aber sollte man wenigstens die Anleihe hinreichend genug geprüft haben. Niemand hat die gesamte Industrie angegriffen. Ja, aus den Kreisen der Textilindustrie ist sogar die Einführung von Höchstpreisen für Wolle verlangt und durchgeführt worden, um eben Verachte ungedachter Gewinne vorzubeugen. In der Tat müssen auch für die Wolle Höchstpreise festgesetzt werden; denn die gegenseitigen Holzapfel a. B. sind ganz ungedacht.

Abg. Graf Westarp (Konsl.): Die Behauptung einzelner Blätter, daß der Abg. Schiele des Verbalen der Daimler-Werte in Schuß genommen habe, ist unrichtig. Schiele hat nur vor Versammlungsgemeinungen gewarnt und zum Abwarten genahmt bis zur vollen Ausfertigung des Falles. Selbstverständlich müssen Auswüchse mit allen Mitteln ausgerottet werden. Auch im

Falle Behr-Pinnow

schwebt ja das Verlangen nach. Sind die Erklärungen des Kammerherrn richtig, so bleibt nur der Vorschlag nachträglicher Beschäftigung an ihm hängen. Im Falle Daimler ist der Vorschlag des Betrugs noch nicht erwiesen; bis dahin muß man davor auch zurückhalten. Anders liegt es mit der

Drohung, den Betrieb einzuschließen,

und mit den Preisforderungen. Hier klopft ein Widerspruch zwischen den Erklärungen der Daimler-Werte und den Angaben der Militärverwaltung. Dem Reichstage muß das volle Material unterbreitet werden. Allzu hohe Preisforderungen sind zu verurteilen, und es muß alles geschehen, um Ueberpreise zu verhindern. Wir müssen verlangen, daß die Preisfestsetzungen sorgfältig geprüft werden, was im Falle Behr-Pinnow nicht gelassen zu sein scheint. Aber wir wollen uns in allen diesen Fällen vor allzu schnellen Urteilen hüten.

Abg. Stöbe (Nat.): Die Sachmängelheit, mit der die Daimler-Werte Preisforderungen verlangen, ist geradezu verurteilend. Gewiß ist es nicht leicht, jeden einzelnen Fall klar zu sehen. Aber dem Unterstaatssekretär lag doch zum Teil amtliches Material vor! Was dem Protokoll geht hervor, in welcher Weise die Heranzuweisung bei Daimler auf eine Serbische der Preise gedrängt hat. Kommerzentrat Berge gab die Höhe der Gewinne ohne weiteres zu, hielt sich aber seinen Aktionären gegenüber angeblich für verpflichtet, an den hohen Preisen festzuhalten. Die Behauptung der Daimler-Werte in der Presse, sie hätten freiwillig eine Kalkulation eingebracht, ist unermesslich mit den Feststellungen des Protokolls des Untersuchungsausschusses. Wie kommen die Werte zu der Behauptung, nur einen Ausschlag von 10 Prozent verlangt zu haben? Die Akten weisen nach, daß

tatsächlich 50 Prozent mehr verlangt

worden sind. Die Gesellschaft hat diese Preisserhöhung auch kipp und klar für die Herstellung ihrer Motore verlangt, trotz der ungeheuren vorjährigen Gewinne, die gestatteten, 80 Millionen Mark aufzuschreiben und hohe Dividenden an die Aktionäre zu verteilen. Die Gesamtheit der Industrie hat von keiner Seite angegriffen werden. Die Industrie wird sich auch hüten, sich mit dem Unterstaatssekretär zu identifizieren. Tatsächlich gibt es auch Fälle, wo man nachzuweisen kann, daß zu niedrige Preise gefordert worden sind. Man fragt, wozu wir kommen, wenn wir den künftigen seinen Verdienst wieder fortnehmen? Das will niemand, hier aber handelt es sich nur um übermäßige Gewinne. Der Löwenanteil der Produktion und des Gewinns entfiel bei Daimler

auf den 100 pferdigen Motor. Das Recht ist demnach fest, und das Empörnde ist

Das unausgesetzte Bohren nach höheren Preisen trotz riesiger Gewinne und die Drohung mit der Betriebseinstellung. Daß die Gesellschaft die Vorlegung der wichtigsten Bilanzposten aus rechtlichen Gründen verweigert hat, ist offenkundig. Ein Rechtsmittel, die Werte dazu zu zwingen, es bis hierher nicht, und daher haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt, der Haste der Sachverhalte entsprechen soll. Die Beschlagnahme der Bücher hätte schon vor zwei Jahren erfolgen müssen. Die in der Öffentlichkeit gegen den Hauptausfluß und gegen den Untersuchungsausschuss erhobene Vorwürfe sind ungerechtfertigt. Selbstverständlich muß das ganze Material noch einmal gründlich geprüft werden. Aber schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen genügen für eine Urteilsfällung, ebenso ohne weitere gerichtliche Feststellungen der Fall Behr-Pinnow.

Generalmajor a. d. Ruhestand erklärte sich im Namen des Kriegsministeriums bereit, im Reichstagsrat in einem Erklärungen über diese Angelegenheit abzugeben.

Der Ausschussvorsitzende Abg. Behrbaum meinte, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Anträge des Ausschusses möglichst bald an das Plenum gelangen würden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptausflusses des Reichstages über den Fall Daimler führte Abg. Woste (Soz.) aus, daß keine Partei sein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuss habe. Es dürfe nur wenige Menschen geben, die an

das harmlose Gemälde des Kammerherrn von Behr-Pinnow glaubten. Schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen besäßen einen so großen Charakter, daß die weiteren auch nicht anders als durch den Ausschuss und die Beamten des Kriegsministeriums geprüft. Abg. Stamm (D. Fr.): Hoffentlich werden die Anträge mit großer Mehrheit angenommen. Riesige Summen hätten geparkt werden können, wenn man rechtzeitig eingegriffen hätte.

Abg. Reichert (nl.): Wir bedauern die übermäßigen Preisforderungen Daimlers, aber die Tatsachen sind noch nicht genügend geklärt, um ein endgültiges Urteil fällen zu können. Das gilt insbesondere von dem Vorschlag der gefälligen Kalkulation. Wir warnen vor einer Beeinträchtigung.

Abg. Richter (nl.) kann sich Zutritt solange nicht erteilen, bis die gerichtlichen Verhandlungen abgeschlossen sind. Der Reichstag darf dem Richter nicht zutreten wollen.

Abg. Dowe (Sp.): Man muß Maßnahmen treffen, um derartige Vorkommnisse in der Zukunft zu verhindern. Das ist Pflicht der Behörden. Offenbar geht man weniger sorgfältig vor, sobald es sich

um unvollständige Begleitwerte

handelt, oder wenn das Protokoll einer hohen Persönlichkeit in Frage steht. Gegen die Militärverwaltung der Betriebe d. h. gegen ihre praktische Zeitung durch Militärs, besteht noch ein solches Bedenken. Die üblichen Elemente fürcht man mit einer solchen Drohung nicht, die rechtlichen Instanzen aber fällen sich eingeklagt.

Abg. Schiele (Konsl.): Die Beratung unserer Verhandlungen in der Öffentlichkeit war die, daß die gesamte Industrie getroffen wurde, was nicht beachtet war. Daimler liefert seine Motoren billiger als jede Konkurrenz.

Abg. Erzberger (Ztr.): Ueber den Fall Behr-Pinnow haben wir uns an amtliches Material gehalten. Der Antrag auf Militärisierung der Betriebe hätte bei entsprechenden Erklärungen der Regierung zurückgehen werden.

General Erbes: Ich habe schon hervorgehoben, daß für uns der Antrag über die Militärisierung nichts Neues ist. Der Fall des Richter würde uns Anlass bieten, auf die Maßnahmen der militärischen Überwachung einer Fabrik zu sprechen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Nach dieser Erklärung stehen wir den Antrag auf Militärisierung zurück.

Hierauf nahm der Hauptausfluß des Reichstages schließlich folgende Anträge einstimmig an:

1. Den Antrag der Reichsunion der jüdisch-demokratischen Parteien, des Zentrums, der Fortschrittlichen, der Konfessionslosen und der Nationalliberalen, der Reichstagsrat ersucht, alsbald für Erbes als Bundesratsvorsitzenden Sorge zu tragen, wonach der Reichstagsrat ermächtigt wird, im förmlichen für den Bundesrat die betriebl. Betrieben die Beschäftigung mit anderen für die Verwertung der Preise nachstehenden Instanzen überlassen zu lassen.

2. Den Antrag des Zentrums, der Konfessionslosen, der Fortschrittlichen, der Nationalliberalen, der Konfessionslosen und der Nationalliberalen, die für den Erbes und Daimlerbedürft arbeitenden Betriebsleistungen zu militarisieren und diesen Betrieben für die Zeit der Militärisierung nur solche Zulagen zu zahlen, welche die Bestimmungen des unrichtigen Kapitels von 3 Prozent gestatten.

Schließlich kam noch eine Eingabe auf Erweiterung des Militärinterdisziplinengesetzes zur Erörterung.

General a. d. Ruhestand stellte eine entsprechende Forderung in Aussicht, bis zu deren Entscheidung alles gelassen solle, um zu verhindern, daß Kriegsergebnisse und -Beizen in Not geraten.

Nächste Sitzung Sonntag: Anwartschaft Angelegenheiten.

Deutschen Industrie begrüßte Reichstags-Abgeordneter Dr. Stresemann die Ringer Herren. Er sagte:

Wir begrüßen den Tag, an dem wir Ihnen die Hand reichen können zum künftigen gemeinsamen Wirken innerhalb des großen Deutschlands der Zukunft. Wir haben vollen Verständnis dafür, daß die herbeiführende Stellung Ringers in der Mitte Ihnen ein solches Wirken möglich macht. Die Stellung Ringers als Reichstagsrat ist deshalb der wertvollsten Stellen in Deutschland für vor Augen. Ringer kann nicht unter demselben Schutze stehen, wenn nicht Staat denselben Schutz gewährt. Wie tief das Interesse Deutschlands für ihre zukünftige Entwicklung ist, sollen Sie aus den großzügigen Plänen Ihrer alten Mutterstadt Lübeck zur Verbindung der Düna mit dem Danneberg, der Döberitz mit dem Schwarzen Meer. Mit tiefer Freude empfinden wir, daß auch die künftigen und ständigen

rumänischen Industrie im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Warschau vorliegen. Nach Anhörung der eingehenden Darlegungen der Herren erklärte der Reichsminister, daß die teilweise Festsetzung von einem beträchtlichen Prozentsatz der rumänischen Industriezweige zulässig und die Bezüge zum Gesamtland von Bestimmungen im Rahmen der in Warschau festzustellenden Friedens-Verhandlungen gemacht habe.

Vertreter der Ringer Kaufmannschaft in Berlin.

WTB. Berlin, 14. März. Die hier anwesenden Vertreter der Ringer Kaufmannschaft waren von Kriegsausfluß der Deutschen Industrie am 14. d. M. zu einer Begrüßung ins Hotel Adlon eingeladen. Namens des Kriegsausflusses der

WTB. Berlin, 15. März. Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Vorstandmitglieder der neuerrichteten Reichsunion jüdischer Praxen in den Reichstagen. Dr. Talmes Simon und Geheimrat Justizrat Dr. Cassel, welche ihm die Wünsche der deutschen Juden wegen einer Regelung des

WTB. Berlin, 14. März. Die hier anwesenden Vertreter der Ringer Kaufmannschaft waren von Kriegsausfluß der Deutschen Industrie am 14. d. M. zu einer Begrüßung ins Hotel Adlon eingeladen. Namens des Kriegsausflusses der

